

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 238

47. Jahrgang

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen 25. September 2004

Informationsnummer

Inhalt

Seite

I *Mitteilungen***Kommission**

2004/C 238/01	Euro-Wechselkurs	1
2004/C 238/02	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3565 — Talanx/neue leben) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	2
2004/C 238/03	Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	3
2004/C 238/04	Staatliche Beihilfen — Schweden — Staatliche Beihilfe C 24/04 (ex NN 35/04) — Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	5
2004/C 238/05	Liste der von der Kommission zwischen dem 1. Juni 2004 und 30. Juni 2004 angenommenen Kom-Dokumente mit Ausnahme der Legislativvorschläge	19

II *Vorbereitende Rechtsakte***Kommission**

2004/C 238/06	Liste der von der Kommission zwischen dem 1. Juni 2004 und 30. Juni 2004 angenommenen Legislativvorschläge	20
---------------	--	----

DE

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**24. September 2004**

(2004/C 238/01)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs
USD US-Dollar	1,2309	LVL Lettischer Lat	0,6637
JPY Japanischer Yen	136,17	MTL Maltesische Lira	0,4282
DKK Dänische Krone	7,4397	PLN Polnischer Zloty	4,3599
GBP Pfund Sterling	0,68315	ROL Rumänischer Leu	41 165
SEK Schwedische Krone	9,039	SIT Slowenischer Tolar	239,91
CHF Schweizer Franken	1,5473	SKK Slowakische Krone	40,025
ISK Isländische Krone	87,62	TRL Türkische Lira	1 841 900
NOK Norwegische Krone	8,339	AUD Australischer Dollar	1,722
BGN Bulgarischer Lew	1,9558	CAD Kanadischer Dollar	1,5748
CYP Zypern-Pfund	0,5769	HKD Hongkong-Dollar	9,5995
CZK Tschechische Krone	31,57	NZD Neuseeländischer Dollar	1,8435
EEK Estnische Krone	15,6466	SGD Singapur-Dollar	2,0811
HUF Ungarischer Forint	246,32	KRW Südkoreanischer Won	1 414,80
LTL Litauischer Litas	3,4528	ZAR Südafrikanischer Rand	7,9134

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.3565 — Talanx/neue leben)****Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall**

(2004/C 238/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 17. September 2004 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Talanx AG („Talanx“, Deutschland), das von HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G. („HDI“, Deutschland) kontrolliert wird, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der Ratsverordnung die Kontrolle über die Gesamtheit von dem Unternehmen neue leben Holding AG („neue leben“, Deutschland) durch Aktienkauf.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Talanx: Versicherungen und Vermögensverwaltung,
- HDI: Halten der Talanx und einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft,
- neue leben: Versicherungen.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass die angemeldete Transaktion unter die Verordnung (EG) Nr. 139/2004 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Gemäß der Mitteilung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren zur Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse nach Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽²⁾ ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Fax-Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3565 — Talanx/neue leben, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Kanzlei Fusionskontrolle
J-70
B-1049 Bruxelles/Brussel.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

⁽²⁾ Zu finden auf der Internetseite der Generaldirektion Wettbewerb:
http://europa.eu.int/comm/competition/mergers/legislation/consultation/simplified_tru.pdf.

**VERWALTUNGSKOMMISSION FÜR DIE SOZIALE SICHERHEIT DER WANDERARBEIT-
NEHMER**

(2004/C 238/03)

In den Jahresdurchschnittskosten ist die 20%ige Kürzung nach Artikel 94 Absatz 2 und Artikel 95 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 nicht berücksichtigt.

Die monatlichen Netto-Durchschnittskosten sind um 20 % gekürzt.

DURCHSCHNITTSKOSTEN FÜR SACHLEISTUNGEN — 2001 ⁽¹⁾

I. Durchführung des Artikels 94 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72

Für die Ermittlung der Erstattungsbeträge für Sachleistungen, die Familienangehörigen nach Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates im Jahr 2001 gewährt wurden, sind nachstehende Durchschnittskosten heranzuziehen:

	Jährlich	Netto monatlich	
Vereinigtes Königreich	1 525,84 GBP	101,72 GBP	
Italien	3 627 404 ITL	241 827 ITL	124,89 EUR

II. Durchführung des Artikels 95 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72

Für die Ermittlung der Erstattungsbeträge für Sachleistungen, die im Jahr 2001 nach den Artikeln 28 und 28a der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 gewährt wurden, sind nachstehende Durchschnittskosten heranzuziehen:

	Jährlich	Netto monatlich	
Vereinigtes Königreich			
— je Familie	2 726,65 GBP	181,78 GBP	
— pro Kopf	2 154,70 GBP	143,65 GBP	
Italien			
— je Familie	6 639 111 ITL	442 607 ITL	228,59 EUR
— pro Kopf	4 311 111 ITL	287 407 ITL	148,43 EUR

DURCHSCHNITTSKOSTEN FÜR SACHLEISTUNGEN — 2002 ⁽²⁾

I. Durchführung des Artikels 94 der Verordnung des Rates (EWG) Nr. 574/72

Für die Ermittlung der Erstattungsbeträge für Sachleistungen, die Familienangehörigen nach Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 im Jahr 2002 gewährt wurden, sind nachstehende Durchschnittskosten heranzuziehen:

	Jährlich	Netto monatlich	
Spanien	497,15 EUR		33,14 EUR
Niederlande	1 524,81 EUR		101,65 EUR

⁽¹⁾ Durchschnittskosten 2001:
Spanien und Österreich (Abl. C 3 vom 8.1.2003).
Schweden (Abl. C 163 vom 12.7.2003).

Belgien, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Portugal (Abl. C 37 vom 11.2.2004).

⁽²⁾ Durchschnittskosten 2002:
Luxemburg und Österreich (Abl. C 37 vom 11.2.2004).

II. Durchführung des Artikels 95 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72

Für die Ermittlung der Erstattungsbeträge für Sachleistungen, die im Jahr 2002 nach den Artikeln 28 und 28a der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 gewährt wurden, sind nachstehende Durchschnittskosten (ab 2002 nur pro Kopf) heranzuziehen:

	Jährlich	Netto monatlich
Spanien		
— pro Kopf	2 416,73 EUR	161,12 EUR
Niederlande		
— Rentner unter 65 Jahren	1 524,81 EUR	101,65 EUR
— Rentner ab 65 Jahren	7 930,36 EUR	528,69 EUR

STAATLICHE BEIHILFEN — SCHWEDEN**Staatliche Beihilfe C 24/04 (ex NN 35/04) — Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens****Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2004/C 238/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 14. Juli 2004, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Schweden ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Beteiligten sind aufgefordert, ihre Stellungnahme zu der Maßnahme, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion H, Staatliche Beihilfen
Büro J-II 70
B-1049 Brüssel
Fax: (32-2) 296 98 16.

Alle Stellungnahmen werden Schweden übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG**Verfahren**

Im August und November 2001 gingen bei der Kommission zwei Beschwerden hinsichtlich der Einführung und Finanzierung des digitalen terrestrischen Fernsehens (DVB-T) in Schweden ein. Die Kommission hat die schwedischen Behörden erstmals mit Schreiben vom April 2002 um Auskünfte gebeten. Im Laufe des Jahres 2003 und Anfang 2004 haben die Kommission und die schwedische Regierung mehrere Briefe ausgetauscht.

Beschreibung der Maßnahmen

Nachdem sich die schwedische Regierung für die Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens (DVB-T) in Schweden entschieden hatte, beschloss sie im Jahr 2000, es landesweit einzuführen. Der Ausbau des Netzes liegt bei der staatlichen Gesellschaft Teracom, die für die Übertragung von TV-Signalen zuständig ist. Die schwedische Fernsehgesellschaft SVT ist verpflichtet, digital über das Netz von Teracom zu übertragen. Außerdem hat Teracom eine Tochtergesellschaft, die für die Implementierung digitaler Anwendungen und Erbringung anderer Dienstleistungen verantwortlich ist. Die Regierung hat ein System geschaffen, um SVT für seine Übertragungskosten zu kompensieren. Offenbar zahlt SVT mehr an Teracom als es zahlen bzw. gezahlt haben sollte. Außerdem erhielt die Regierung die Genehmigung, Teracom eine Garantie zu gewähren, und erhielt Teracom direkte Unterstützung der Regierung in Form einer Kapitalspritze.

Würdigung der Maßnahmen

Die Fernsehgesellschaft SVT wird unmittelbar aus den von den Haushalten gezahlten Lizenzgebühren finanziert. Außerdem erhält sie Geld von einem Konto, welches von SNDO (Schwedische Schuldenverwaltung) verwaltet wird. SVT zahlt Teracom für die erbrachten Dienstleistungen. Offenbar transferiert SVT jedoch mehr Geld an Teracom, als sie für die Übertragung zahlen müsste. Diese von SVT an Teracom gezahlten Gelder müssen als staatliche Mittel betrachtet werden, die dem Staat zuzurechnen sind. Außerdem stellen auch die Garantie und die Kapitalspritze offensichtlich einen Vorteil dar. Die Garantie steht offenbar nicht mit der Mitteilung der Kommission über Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften in Einklang. Auch wäre die Kapitalspritze der Regierung in Anbetracht der schlechten Finanzlage von Teracom für einen privaten Betreiber unter normalen Marktbedingungen nicht zulässig. Die Teracom gewährten Vorteile sind geeignet, den Wettbewerb zu verzerren — da DVB-T mit DVB-S und DVB-C konkurriert — und sich auf den Handel auswirken.

Deshalb ist die Kommission nach einer vorläufigen Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass die schwedischen Behörden möglicherweise Teracom eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag gewähren. Die Ausnahmestimmungen des Artikels 87 Absätze 2 und 3 EG-Vertrag dürften im anstehenden Fall nicht zur Anwendung gelangen. Da Zweifel an der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem EG-Vertrag bestehen, hat die Kommission beschlossen, das förmliche Prüfverfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Kommissionen önskar genom denna skrivelse informera Sverige om att den, efter att ha granskat de upplysningar som tillhandahållits av Era myndigheter angående åtgärder i fråga, har beslutat att inleda det förfarande som anges i artikel 88.2 i EG-fördraget.

1. FÖRFARANDET

1. Genom en skrivelse av den 9 augusti 2001 lämnade det svenska satellitföretaget Nordic Satellite AB (nedan: NSAB) in ett klagomål om uppbyggnaden av det digitala marknätet för TV-sändningar i Sverige (¹). Genom en skrivelse av den 28 november 2001 lämnade även satellitoperatören Viasat AB in ett klagomål till Europeiska kommissionen i samma ärende. Den 30 april 2002 hölls ett möte med företrädare för NSAB.
2. Den 22 april 2002 sände kommissionen en begäran om upplysningar till de svenska myndigheterna, som svarade genom en skrivelse av den 10 juni 2002. I en skrivelse av den 16 juli 2002 sände de svenska myndigheterna två bilagor till sitt första svar. Den 26 juli 2002 sände kommissionen en begäran om ytterligare upplysningar till de svenska myndigheterna, som svarade genom en skrivelse av den 24 september 2002.

Statrådet Laila Freivalds
Chef för Utrikesdepartementet
Arvfurstens palats
Gustav Adolfs torg 1
SE-103 23 Stockholm
3. I en skrivelse av den 19 september 2002 hävdade NSAB med hänvisning till artikel 232 i EG-fördraget att kommissionen hade underlåtit att vidta åtgärder. I en skrivelse av den 21 oktober 2002 meddelade kommissionen NSAB att ärendet hade handlagts omsorgsfullt. Därefter har inga ytterligare åtgärder vidtagits i denna fråga.
4. I en skrivelse av den 2 oktober 2002 lämnade NSAB ytterligare uppgifter å sina egna vägnar.
5. I en skrivelse av den 24 mars 2003 informerade de svenska myndigheterna kommissionen om att regeringen hade lagt fram ett förslag om kapitaltillskott till Teracom AB.
6. Den 10 april 2003 sände kommissionen en påminnelse om sin begäran om upplysningar av den 26 juni 2002 enligt artikel 10.2 i rådets förordning 659/1999/EG, eftersom de svenska myndigheterna inte hade lämnat något fullständigt svar på kommissionens begäran. Myndigheterna svarade genom en skrivelse av den 5 juni 2003.
7. Den 14 januari 2004 fick kommissionen ytterligare uppgifter från NSAB. Den 26 januari 2004 träffades företrädare för kommissionen och företrädare för NSAB för att förtydliga de uppgifter som lämnades den 14 januari 2004. NSAB sände ytterligare uppgifter den 28 januari, 3 februari och 5 maj 2004.
8. Den 9 februari 2004 sände kommissionen en begäran om ytterligare upplysningar till de svenska myndigheterna, som svarade den 2 mars 2004.

(¹) Digitala marknätet avser digital TV-sändning via marknät (DVB-T). Andra former av digitala TV-sändningar är DVB-S (satellit) och DVB-C (kabel). Inom en snar framtid kommer digitala sändningar genom handdator (DVB-H), UMTS och ADSL också att bli allmänt tillgängliga.

2. DETALJERAD BESKRIVNING AV ÅTGÄRDEN/STÖDET

2.1. Berörda företag och offentliga organ

1. Sveriges Television AB (nedan: SVT) är ett nationellt radio- och TV-bolag med public service-uppdrag. SVT är enligt sin sändningslicens skyldigt att använda Teracom AB:s analoga och digitala marknät för TV-sändningar.
2. Sveriges Utbildningsradio AB (nedan: UR) är ett nationellt radio- och TV-bolag med public service-uppdrag. UR ansvarar särskilt för utbildningsprogram. UR är fristående från SVT, men har rätt att använda en viss del av SVT:s sändningskapacitet, sänder på samma kanaler och omfattas av samma regelsystem.
3. Rundradiotjänst i Kiruna AB (nedan: Rikab) har av riksdagen anförtrotts uppgiften att samla in TV-avgifter från konsumenterna i hela riket och att kontrollera att den är betald. Företaget ägs av SVT, UR och Sveriges Radio (SR), som alla har public service-uppdrag i Sverige. TV-avgifterna används för att finansiera public service-radio och -TV.
4. Riksgäldskontoret förvaltar statsskulden, tillhandahåller likviditetsförvaltning (cash management) och utfärdar statliga garantier. Riksgäldskontoret ger lån för att täcka det underskott som SVT och UR får på grund av dubbla sändningskostnader under den period då de är tvungna att sända både analogt och digitalt.
5. Teracom AB (nedan: Teracom) är en statlig nätoperatör, som äger och driver det enda marknätet och det enda digitala nätet i Sverige.
6. Senda i Sverige AB (nedan: Senda) – ägs gemensamt av Teracom (90 %) och SVT (10 %). Boxer TV-Access AB (nedan kallat Boxer) ägs gemensamt av Teracom (70 %) och Skandia (30 %) ⁽¹⁾. År 2002 gick Senda och Boxer samman. Företaget är ansvarigt för marknadsföringen av de avkodare som behövs för att motta digitala sändningar, det tillhandahåller multiplexning, tjänster med villkorad tillgång (Conditional Access – CA) och en gemensam elektronisk programguide (Electronic Programme Guide – EPG). Företaget erbjuder även administration och marknadsför det digitala marknätet och dess programpaket till konsumenterna. Vidare sköter det tjänster med villkorad tillgång och en gemensam elektronisk programguide och det är ensam leverantör av sådana tjänster i det digitala marknätet. Slutligen sköter det kundförvaltning (registrerar och avregistrerar smarta kort). Det har lagt ut viss verksamhet på underleverantören Rikab, bland annat kundstöd, förvaltning av kunddatabasen och fakturering.
7. NSAB ägs till 75 % av SES Global och till 25 % av Swedish Space Corporation. Swedish Space Corporation är ett aktiebolag som helt ägs av staten och som sysslar med rymdsystemsverksamhet bl.a. satellitverksamheter. SES Global är en privat operatör verksam inom globala satellitkommunikationer. Viasat ägs helt av den svenska privata mediekoncernen Modern Times Group. Viasat är ett digitalkommunikationsbolag specialiserat på satellitrelaterad och annan trådlös nätbaserad teknik. Viasat utformar, bygger och ger stöd till satellitrelaterade och andra digitala nätbaserade produkter.

2.2. Detaljerad beskrivning av åtgärderna

2.2.1. Inledning

9. Våren 1997 beslutade riksdagen att digital mark-TV skulle införas i Sverige ⁽²⁾. Till en början skulle man sända digitalt endast till vissa platser i landet. I november 1997 beslutade regeringen att tillsätta en digital-TV-kommitté som skulle följa och bedöma de digitala marksändningarna under den första fasen. Kommittén skulle också medverka i urvalet av programföretag för digital-TV-sändningar. Under hösten 2000 beslutade riksdagen att digital mark-TV skulle införas i hela landet ⁽³⁾.
10. Det är Teracom som ansvarar för själva utbyggnaden av digital mark-TV. Som nämndes ovan är det Teracom som driver både det analoga och det nya digitala marknätet. Dessutom tillhandahåller Tercoms dotterbolag Boxer/Senda tjänster med anknytning till digital-TV ⁽⁴⁾. Boxer/Senda säljer också avkodare som omvandlar den digitala signalen till en analog signal för dagens tv-apparater.

⁽¹⁾ Skandia är en internationell spar-, liv- och kapitalförsäkringsgrupp. Företaget grundades 1855 och verkar i fler än 20 länder.

⁽²⁾ Prop. 1996/97:67.

⁽³⁾ Prop. 2000/01:1.

⁽⁴⁾ Dvs. den så kallade elektroniska programguiden och tjänster med villkorad tillgång.

11. Teracom tillhandahåller distributionstjänster till SVT, privata TV-bolag och andra operatörer. Teracom tar ut en avgift av de TV-bolag som utnyttjar Teracoms tjänster. SVT:s utnyttjande av Teracoms tjänster är reglerad i lagstiftning och licenser. Dessutom har Teracom och SVT ingått ett avtal om de villkor som gäller för Teracoms tjänster.
12. Reglerna för UR:s sändningsskyldigheter är väldigt lika reglerna för SVT:s sändningsskyldigheter. UR:s verksamheter regleras av radio- och TV-lagen. Därtill kommer att strukturen för UR:s tillstånd liknar den för SVT:s tillstånd. Därför kommer hänvisning att ske till UR 2001, UR Digital och UR:s anslagsvillkor. Vidare liknar innehållet i UR 2001, UR Digital och UR:s anslagsvillkor i allmänhet motsvarande SVT-tillstånd. En skillnad är att UR inte har någon egen kanal, utan sänder via SVT:s kanaler. Mot bakgrund av den ringa kompensation som beviljas UR kommer i de följande punkterna kompensationen till SVT och UR att behandlas i klump och omnämnas som kompensation till SVT.
13. Det är relationen mellan SVT och Teracom, liksom den direkta (ekonomiska) relationen mellan staten och Teracom som är föremål för detta formella undersökningsförfarande.

2.2.2. SVT:s sändningsskyldigheter

14. SVT:s verksamhet regleras av ett antal förordningar. Först och främst ingår här anslagsvillkoren. I punkt 8 i SVT:s anslagsvillkor anges att SVT:s sändningar riktade till Sverige skall erbjudas gratis, under förutsättning att den obligatoriska TV-avgiften (se nedan) erlagts. Dessutom regleras driften av SVT av radio- och TV-lagen. I denna stipuleras att programföretag i Sverige behöver ett sändningstillstånd för att sända TV-program via marknätet ⁽¹⁾.
15. Sändningstillståndet består av två delar – en del som täcker allmänna aspekter av SVT:s verksamheter (nedan: tillståndet) och en andra del som specifikt omfattar digitala sändningar (nedan: digitaltillståndet). Tillståndet gäller från den 1 januari 2002 t.o.m. den 31 december 2005, och kan förlängas i ytterligare fyra år.
16. Enligt 1 § i tillståndet måste SVT:s sändningar kunna tas emot av 99,8 % av befolkningen. Enligt 4 § i tillståndet måste SVT sända genom det analoga nätet. 1 § i kombination med 4 § innebär att SVT måste täcka 99,8 % av befolkningen med analoga sändningar. Även om 1 § inte utesluter användning av satellitsändning krävs det ett särskilt tillstånd från regeringen för detta. Dessutom åläggs SVT genom 5 § i tillståndet uttryckligen att använda det analoga marknätet som drivs av Teracom.
17. Vad gäller digitala sändningar anger 4 § i tillståndet att SVT får sända digitalt. Digitaltillståndet innehåller mer ingående bestämmelser i detta avseende. Enligt digitaltillståndet skall SVT sända via det digitala marknätet där detta nät finns utbyggt ⁽²⁾. SVT får sända digitalt via satellit, men måste inte göra det. Viktigt i sammanhanget är dock att dylika sändningar inte frigör SVT från skyldigheten att sända via Teracoms digitala marknät. Fram till dess att övergången från analoga till digitala sändningar är fullbordad måste SVT alltså sända via båda marknäten, varför dubbla sändningskostnader uppstår.

2.2.3. Finansiering av SVT:s sändningskostnader

18. Alla hushåll i Sverige som äger en tv-apparat måste betala en TV-avgift som bestäms av riksdagen. Hushållen betalar avgiften till Rikab ⁽³⁾. Rikab samlar in avgifterna på ett särskilt konto, rundradio-kontot (RRK).

⁽¹⁾ Lag 1996:844, kap. 2 § 1.

⁽²⁾ 1 § och 3 § i 'Villkor för sändningsrätten' i digitaltillståndet.

⁽³⁾ Lag 1989:41, Lag om TV-avgift.

19. SVT får medel från rundradiokontot för att täcka de allmänna driftskostnaderna. Enligt information från myndigheterna uppgick den extra finansieringen för digital sändning till 260 miljoner kronor för SVT (och 20 miljoner kronor för UR under perioden 1997–2001). År 2002 beslöt regeringen att separera sändningskostnaderna från övriga driftskostnader. För detta ändamål inrättades ett separat distributionskonto ⁽¹⁾. Efter distributionskontots tillkomst har medel varje år överförts från RKK till distributionskontot. En infasningsperiod finns för distributionskontot och under denna period kommer det belopp som överförs från rundradiokontot till distributionskontot årligen att öka gradvis till dess att beloppet motsvarar SVT:s och UR:s kostnader för analog distribution. Enligt proposition 2000/01:94, uppskattas dessa SVT:s kostnader för analog distribution till 460 miljoner kronor ⁽²⁾.
20. I budgetpropositionen för 2003 upptas SVT:s budgeterade medel samt de olika kontona från 2003 och framåt ⁽³⁾. De mest relevanta siffrorna presenteras i nästa tabell (Tabell I).

Tabell I

Finansiering av sändningskostnader (i miljoner kronor) ⁽¹⁾

År	Medel från distributionskontot till SVT	Medel från RKK till distributionskontot	Underskott på distributionskontot	Ränta (5 %) ⁽²⁾	Underskott på distributionskontot (ackumulerat)
2002	485,00	160,00	325	8	333
2003	523,20	163,20	360	26	719
2004	556,46	266,46	290	43	1 052
2005	591,79	421,79	170	57	1 279

⁽¹⁾ Prop. 2003/04:1, Utgiftsområde 17, s. 100.

⁽²⁾ Räntesiffrorna är hämtade från budgetpropositionen. Vi har dock uppgifter som pekar på att dessa siffror inte är helt korrekta.

21. I budgetpropositionen fastställer regeringen den ekonomiska planeringen för införandet av det digitala marknätet. De medel som överförts från rundradiokontot till distributionskontot under de första åren efter dess tillblivelse kommer att vara lägre än de betalningar som kommer att göras från distributionskontot till SVT. Följaktligen kommer det initialt att finnas ett underskott på distributionskontot. Underskottet på distributionskontot kommer att täckas av lån från Riksgäldskontoret. År 2005 uppgår det ackumulerade underskottet (som täcks av lån från Riksgäldskontoret) till ungefär 1,279 miljoner kronor (se tabell, kolumn 6). Sedan det analoga marknätet lagts ned kommer underskottet på distributionskontot att minskas stegvis: bidragen från RKK till distributionskontot kommer fortsatt att vara lika stora som kostnaderna för sändningarna via det analoga marknätet fram till dess att underskottet har täckts och eftersom sändningar i det digitala marknätet är billigare än sändningar i det analoga marknätet kommer underskottet stegvis att minskas till noll.
22. Den 26 maj 2004 antog riksdagen en proposition som överensstämmer med denna linje ⁽⁴⁾. Den årliga överföringen från rundradiokontot till distributionskontot för 2006 skall uppgå till 480 miljoner kronor. Detta belopp skall utökas med 2 % per år fram till 2013 när underskottet på distributionskontot till fullo förväntas vara återbetalat. Det analoga marknätet kommer att läggas ned stegvis från 2006 och från och med 2008 kommer det analoga marknätet att vara helt nedlagt. Från och med januari 2008 kommer inga ytterligare betalningar att göras av SVT till Teracom för sändningstjänster via det analoga marknätet.

⁽¹⁾ Se Prop. 2000/01:94, punkt 13.2. Propositionen antogs av riksdagen den 12 juni 2001.

⁽²⁾ Prop. 2000/01:94, punkt 13.3. Den 16 maj 2004 var växelkursen € 1 = SEK 9.15.

⁽³⁾ Prop. 2003/04:1 vari de aktuellaste siffrorna lämnas.

⁽⁴⁾ Prop. 2003/04:118. Några skillnader föreligger dock jämfört med tidigare propositioner.

23. De sammanlagda och exakta siffrorna för perioden 2006–2013 är ännu inte kända. Om man dock antar att återbetalningen av den totala skulden på 1,279 miljoner kronor (se tabell I) kommer att göras med lika stora delbetalningar, krävs det årliga delbetalningar på 159,88 miljoner kronor för att återbetala underskottet ⁽¹⁾. Förutom denna delbetalning måste SVT till Riksgäldskontoret betala ränta på den återstående skulden på distributionskontot ⁽²⁾. En beräkning som bygger på dessa antaganden leder till följande resultat (se tabell II).

Tabell II

Betalningar gjorda efter 2004 (i miljoner kronor)

År	Medel från RRK till distributionskontot (1)	Återbetalningar (2)	Ränta (5 %) på underskott (3)	Årlig överföring till SVT (5) (= 1 – (2 + 3))	Underskott i distributionskontot (ackumulerat)
2006	480	159,88	63,95	256,17	1 119,12
2007	489,6	159,88	55,96	273,77	959,24
2008	499,4	159,88	47,96	291,55	799,36
2009	509,4	159,88	39,97	309,53	639,48
2010	519,6	159,88	31,97	328,12	479,6
2011	530	159,88	23,98	346,10	319,72
2012	540,6	159,88	15,99	364,69	159,84
2013	551,4	159,88	7,99	383,49	0

24. Som ovan angetts är underskottet år 2006 på det konto som täckts av lån från Riksgäldskontoret lika med 1,279 miljoner kronor. År 2006 uppgår den 5-procentiga räntan som skall betalas för 1,279 miljoner kronor till 63,95 miljoner kronor (se kolumn 3). Om man antar att delbetalningarna blir lika stora över perioden 2006–2013 kvarstår 159,88 miljoner på distributionskontot så att den första delbetalningen kan utbetalas. Räntan och återbetalningen uppgår sålunda tillsammans till 223,83 miljoner kronor. SVT kommer att få 480 miljoner kronor minus 223,83 miljoner kronor från distributionskontot, dvs. 256,17 miljoner kronor (kolumn 5).

2.3. Påståendena från de klagande

25. Klagomålen från NSAB och VIASAT gäller finansieringen av uppbyggnaden av det digitala marknätet i Sverige, vilket inkluderar både uppbyggnaden av nätet, subventionen av de avkodare som behövs för att ta emot digitala sändningar samt andra element. De klagande påstår att finansieringen av uppbyggnaden av det digitala marknätet i Sverige har inslag av statligt stöd som strider mot artikel 87.1 i EG-fördraget och/eller en åtgärd av staten som strider mot artikel 86.1 i EG-fördraget. Vidare påstår de klagande att åtgärderna inte kan godtas med anledning av public service-skyldigheter i överensstämmelse med artikel 86.2 i EG-fördraget eller några andra grunder.

⁽¹⁾ 1,279 miljoner kronor delat på 8 år är lika med 159,88 miljoner kronor.

⁽²⁾ Räntan är satt av myndigheterna till 5 % per år.

26. De klagande påstår specifikt att följande aspekter har inslag av statligt stöd till deltagarna i det digitala marknätet i Sverige:
- Användning av offentliga medel för uppbyggnaden av det digitala marknätet i Sverige
 - Användningen av Teracom's resurser, som huvudsakligen härrör från SVT:s betalningar för analoga sändningar för att bygga upp det digitala marknätet i Sverige
 - Den kreditgaranti som staten utfärdat till Teracom till ett belopp av 2 000 miljoner kronor.
27. Dessutom påstår de klagande att den struktur som valts för att finansiera uppbyggnaden av det digitala marknätet förhindrar insyn, vilket strider mot kommissionens direktiv 80/723 av den 25 juni 1980 ⁽¹⁾, ändrad genom kommissionens direktiv 2000/52/EG ⁽²⁾ (nedan: insynsdirektivet).
28. Slutligen har regeringen informerat kommissionens tjänstenheter om ett beslut av riksdagen om att godkänna ett kapitaltillskott på 500 miljoner kronor från staten till Teracom. För detta ändamål har regeringen gett kommissionens tjänstenheter en kopia av regeringens proposition till riksdagen gällande kapitaltillskottet till Teracom ⁽³⁾. Propositionen godkändes av riksdagen den 28 maj 2003 ⁽⁴⁾. Myndigheterna anser att tillskottet ligger i linje med principen om hur privata investerare skulle ha agerat. Kapitaltillskottet kommer också att ingå som en del av kommissionens undersökning.

3. BEDÖMNING AV ÅTGÄRDEN/STÖDET

3.1. Statligt stöd i den mening som avses i artikel 87.1 i EG-fördraget

29. I enlighet med EG-fördraget och rättspraxis förekommer statligt stöd i den mening som avses i artikel 87.1 då
- det föreligger ett ingripande från staten eller genom statliga medel,
 - det ger en fördel till mottagaren,
 - det snedvrider eller hotar att snedvrیدا konkurrensen,
 - ingripandet kan påverka handeln mellan medlemsstaterna.
- 3.1.1. *Beviljat av staten eller genom statliga medel*
30. Riksgäldskontorets direkta betalningarna till SVT för att täcka underskottet i distributionskontot utgör också helt klart statliga medel.
31. De finansiella resurser som används av SVT för utbetalningarna till Teracom är även de att betrakta som statliga medel. Dessutom är de fördelar som härrör därifrån beviljade av staten. Detta kan man sluta sig till på grundval av en rad omständigheter:
- SVT är ett offentlig programföretag som har anförtrotts ett uppdrag i allmänhetens tjänst
 - Staten kontrollerar SVT, dvs. har ett avgörande inflytande över SVT genom en rad reglerande bestämmelser (lagstiftning och tillstånd) ⁽⁵⁾
 - SVT ägs av en offentlig stiftelse, och några av dess ledamöter utses av regeringen
 - SVT kompenseras uttryckligen för användningen av detta digitala marknät via statliga medel (finansierat genom distributionskontot).
32. För det andra måste man titta på relationerna mellan SVT och Teracom. Om dessa relationer inte bygger på normala marknadsmässiga villkor kan Teracom få indirekt hjälp av staten genom de betalningar som görs av SVT till Teracom.

⁽¹⁾ EGT 1980/L195/35.

⁽²⁾ EGT 2000/L193/75.

⁽³⁾ Prop. 2002/03:64.

⁽⁴⁾ Kulturdepartementet, protokoll nr 2002/03:113, Rskr: 2002/03:195

⁽⁵⁾ Jfr argument och villkor som anges av EG-domstolen i mål C-482/99 Frankrike mot kommissionen („Stardust Marine“).

3.1.2. Ekonomisk fördel

(a) *Utbetalningar från SVT till Teracom*

33. Med hänsyn till de uppgifter som lämnats av staten vad gäller den genomsnittliga kostnaden för att använda kanalerna och SVT:s faktiska användning, skulle SVT förväntats ha betalat 160 miljoner kronor till Teracom för digital sändning under de senaste fyra åren. Kostnaderna för analog sändning uppskattas till 460 miljoner kronor per år. Enligt en rapport från Digital-TV-kommittén (som tillsatts av regeringen) uppgår de genomsnittliga kostnaderna till 160 miljoner kronor per frekvenskanal per år ⁽¹⁾.
34. På grundval av siffror som lämnats av myndigheterna och informationen från budgetpropositionen och andra propositioner förefaller det dock som om SVT kommer att betala mer än vad som framgår av de ovannämnda siffrorna:

Tabell III

Total översikt över transaktionerna mellan SVT och Teracom

År	Medel från SVT till Teracom (1)	Sändningskostnader för det analoga marknätet (2)	Sändningskostnader för det digitala marknätet (3)	Totala sändningskostnader 4 = (2 + 3)	Kompensation (1-4)	Akkumulerad kompensation
2002	485	480	160	640	- 155,00	- 155,00
2003	523	480	160	640	-117,00	- 272,00
2004	556,46	480	160	640	- 83,54	- 355,54
2005	591,79	480	160	640	- 48,21	- 403,75
2006	256,19	240	160	400	- 143,81	- 547,56
2007	273,79	120	160	280	- 6,21	- 553,77
2008	291,58		160	160	131,58	- 422,19
2009	309,57		160	160	149,57	- 272,61
2010	327,77		160	160	167,77	- 104,85
2011	346,16		160	160	186,16	81,31
2012	364,75		160	160	204,75	286,06
2013	383,55		160	160	223,55	509,61

35. SVT:s sändningskostnader för det digitala marknätet år 2008 (det digitala marknätet läggs ned år 2008) blir 160 miljoner kronor. Därtill kommer att SVT betalar ytterligare 131 miljoner till Teracom. Följaktligen betalar SVT 131 miljoner kronor mer till Teracom än vad som förefaller vara nödvändigt. Totalt betalar SVT under perioden 2002–2013 ungefär ytterligare 509,61 miljoner kronor till Teracom.

(1) SOU 2001:90.

3.1.3. Slutsats

36. På grundval av fakta och siffror som lämnats av regeringen förefaller det slutligen som om Teracom mottar mer från SVT än vad SVT förväntas betala till Teracom. Även om stödet enligt dessa beräkningar blir synligt först år 2008 finns det anledning att tro att det kan bli annorlunda:
- Att döma av dessa siffror kompenseras SVT inte helt för sina public service- skyldigheter för åren 2002-2007. Det är dock tämligen osannolikt att SVT är underkompenserat för sina public service-skyldigheter. Kommissionen hyser tvivel om huruvida ytterligare kompensation beviljats och nivån på denna kompensation.
 - Det hävdas i propositionerna att SVT mottar extra betalningar i den inledande fasen av utbyggnaden av det digitala marknätet ⁽¹⁾. Det är för närvarande okänt hur stora dessa kompensationer och särskilt kostnaderna var.
 - SVT:s sändningskostnader för digital sändning uppskattas till 160 miljoner kronor. SVT har likväl inte alltid använt samma antal kanaler. I den inledande fasen använde SVT bara två kanaler av fyra. Frågan är sålunda huruvida sändningskostnaderna för digital television faktiskt låg på 160 miljoner kronor från och med 2002? Det är sannolikt att dessa kostnader var lägre i början av utbyggnaden.
 - De exakta siffrorna för det analoga marknätet för 2006 och 2007 kan ej lämnas. Det analoga marknätet kommer att läggas ned stegvis från och med 2006, men hur detta påverkar de totala sändningskostnaderna är oklart. Om de relevanta myndigheterna beslutar att först lägga ned det analoga marknätet i områden med mycket låg befolkning (och därför relativt många sändare) kan SVT:s extra utbetalningar till Teracom t.o.m. bli högre. Det antas att nedtrappningen av det analoga marknätet kommer att ske gradvis under två år (50 % per år). Det är dock sannolikt att avstängningen äger rum i snabbare takt och att kostnaderna under det sista året kommer att bli mycket lägre.
37. Kommissionen begärde att myndigheterna skulle lämna information om de avgifter som SVT skall betala till Teracom ⁽²⁾. Myndigheterna besvarade inledningsvis inte denna förfrågan med hänvisning till att informationen var konfidentiell. Sedan kommissionen återupprepat sin fråga i skrivelsen av den 10 juli 2003 svarade myndigheterna att Teracom tillämpar samma prissättningsmodell för alla programföretag som använder det digitala marknätet. Den har fastställt de olika komponenterna i prissättningsmodellen, men alla komponenter har inte specificerats. Därtill kommer att de siffror som varit tillgängliga för kommissionen endast återspeglar situationen för 2000–2002.
38. Dessutom överensstämmer dessa siffror heller inte helt och hållet med de siffror som har publicerats. Exempelvis betalade SVT enligt den information som lämnades i denna skrivelse [...] kronor för sändningar över det digitala marknätet år 2002. SVT mottog dock år 2002 485 miljoner kronor för sändningar via det analoga och det digitala marknätet. Om kostnaderna för det analoga marknätet är 460 miljoner (som anges av myndigheterna och Digital-TV-kommittén) är kompensationen för år 2002 [...] kronor för hög. Kommissionen behöver sålunda ytterligare och mer precis information om de exakta avgifter som betalats och som kommer att betalas under perioden 1999–2008.

3.1.4. Övriga fördelar

39. Det förefaller som om regeringen beviljade Teracom direkta fördelar. Staten har både fått ett godkännande för en statlig garanti för Teracom och även beviljat Teracom kapital. Dessa fördelar kommer därför att diskuteras.

(b) **Kreditgarantin**

40. Riksdagen godkände regeringens proposition om att ge Teracom en kreditgaranti på 2 000 miljoner kronor fram till den 31 oktober 2002. Beslutet gör det möjligt för regeringen att bevilja kreditgarantin ⁽³⁾. Enligt propositionen skall Teracom dessutom vara tvunget att betala en riskrelaterad avgift, som inkluderar regeringens administrativa kostnader, som ersättning för kreditgarantin. I enlighet med den information som lämnats av regeringen har kreditgarantin inte utnyttjats av Teracom.

⁽¹⁾ Enligt information från de svenska myndigheterna uppgick den extra finansieringen till 260 miljoner kronor för SVT och 20 miljoner kronor för UR under perioden 1997–2001.

⁽²⁾ Jfr skrivelse från den 26 juli 2002.

⁽³⁾ Prop. 2001/02:76, s. 3.

41. Regeringen har uttryckligen begärt riksdagens godkännande att bevilja Teracom en garanti. Riksdagen godkände propositionen efter en längre debatt. Även om den utvidgade kreditgarantin inte har utfärdats, är det inte uteslutet att det förekommer ett inslag av statligt stöd i garantin. Teracom kunde när som helst ha utnyttjat garantin. Vid tidpunkten för godkännandet är pengarna potentiellt tillgängliga för Teracom om det behöver garantin. Därmed kan denna garanti medföra en fördel.
42. Kommissionen har klargjort tillämpningen av artikel 87.1 i EG-fördraget om en medlemsstats garantier i ett meddelande från kommissionen ⁽¹⁾. Det är bara när alla följande villkor uppfylls som en garanti inte betraktas som statligt stöd:
- 42.1. Låntagaren befinner sig inte i finansiella svårigheter: En av orsakerna till att regeringen begärde ett godkännande var att Teracom hade en klar brist på kapital. Enligt en revision utförd av en expert, behövde Teracom grovt räknat 825 miljoner kronor. Teracom kunde inte skaffa fram kapitalet från marknaden, även om det var för en kort period, på grund av att dess kapitaltäckningsgrad var för låg ⁽²⁾. Detta villkor förefaller därför inte vara uppfyllt.
- 42.2. Låntagaren skulle i princip kunna få ett lån till marknadsvillkor på finansmarknaderna utan något statligt ingripande: Med hänvisning till den första punkten ovan är det ovisst om Teracom kunde ha fått ett lån på marknaden.
- 42.3. Garantin är knuten till en bestämd finansiell transaktion, avser ett fastställt högsta belopp, täcker inte mer än 80 % av det utestående lånet eller den finansiella förpliktelsen och har en begränsad varaktighet: Garantin är begränsad vad gäller belopp och varaktighet och är enligt kommissionens kännedom inte knuten till en bestämd transaktion.
- 42.4. Låntagaren betalar marknadspris för garantin: Teracom betalade i själva verket en avgift, som var avsedd att spegla den risk som staten åtog sig. Det är inte känt om denna avgift var tillräcklig, med tanke på Teracoms finansiella ställning.
43. Det förefaller därför inte som om dessa villkor har uppfyllts. Kommissionen hyser särskilt tvivel om huruvida den riskrelaterade avgiften är tillräcklig. Det kan därför inte uteslutas att garantin utgör ett stöd till Teracom, under förutsättning att det förekommer en snedvridning av konkurrensen och att handeln påverkas (se punkt 55 och därpå följande punkter i detta beslut). Kommissionen behöver därför mer uppgifter för att göra en bedömning.
44. Slutligen har regeringen informerat kommissionen (men inte formellt anmält till kommissionen) om ett kapitaltillskott till Teracom ⁽³⁾.

(c) **Kapitaltillskott till Teracom**

45. Riksdagen har godkänt kapitaltillskotten från staten till Teracom till ett belopp på 500 miljoner kronor ⁽⁴⁾. Kommissionen måste bedöma huruvida detta kapitaltillskott överensstämmer med principen om privata investeringar, dvs. att det skulle vara godtagbart för en privat investerare som agerar enligt normala marknadsekonomiska villkor.
46. I enlighet med de finansiella prognoser som regeringen lade fram i propositionen är anledningen till det godkända kapitaltillskottet att Teracom befinner sig en i tillfälligt svår position beroende på höga investeringsutgifter och driftskostnader. I det långa loppet är Teracom dock ett bärkraftigt företag med en stark marknadsställning och en hållbar affärsmodell. Det kommer att kunna betala utdelning på kapitaltillskotten. Av en sammanlagd planerad investering i det digitala marknätet i Sverige på 1 500 miljoner kronor, har 1 300 miljoner kronor redan genomförts ⁽⁵⁾. Vidare har också i stor utsträckning investeringen i digital radio och andra planerade nät utförts. Därtill kommer att företaget har gått igenom en omstrukturingsprocess som regeringen tror kommer att resultera i en minskning av driftskostnaderna för Teracom på 150 miljoner kronor per år ⁽⁶⁾.

⁽¹⁾ Kommissionens tillkännagivande om tillämpningen av artiklarna 87 och 88 i EG-fördraget på statligt stöd i form av garantier, EGT C 71, 11.3.2000.

⁽²⁾ Prop. 2001/02:76, s. 5. KPMG gjorde en utvärdering av Teracom som det hänvisas till i propositionen.

⁽³⁾ Skrivelse av den 24 mars 2003. Riksdagen godkände propositionen den 28 maj 2003, Snabbprotokoll 2002/03:113.

⁽⁴⁾ Se prop. 2002/03:64.

⁽⁵⁾ Se prop. 2002/03:64, s. 5.

⁽⁶⁾ Prop. 2002/03:64, s. 6

47. Enligt myndigheterna kommer både företagets rörelsevinst och kapitaltäckningsgrad att förbättras under de kommande åren. Enligt regeringens proposition uppgick likviditeten för 2002 bara till 20 %. De utländska långgivarna begär dock en kapitaltäckningsgrad på 25 % (för Teracom som koncern till och med en grad på 30 %). Genom kapitaltillskottet var kapitaltäckningen avsedd att nå en grad på 30 % 2003. Regeringen tror att Teracom kommer att vara i stånd att betala utdelning på kapitaltillskottet med början år 2006. Separat betraktat förefaller kapitaltillskottet enligt regeringen överensstämmande med hur en privat marknadsinvesterare skulle ha agerat. Den hänvisar till den rättspraxis som EG-domstolen utvecklat som anger att marknadsinvesterarens beteende skall mätas på grundval av långsiktiga perspektiv.
48. Kommissionen betvivlar dock att det inte skulle finnas några inslag av statligt stöd i kapitaltillskottet.
49. I allmänhet är det i detta ärende vanskligt att särskilja mellan statens roll som myndighet och dess roll som ägare av Teracom. Kapitaltäckningsgraden låg vid tiden för kapitaltillskottet under de privata investerarnas krav. Enligt den information som lämnats krävde Teracoms långgivare en kapitaltäckningsgrad på minst 25 %. Det faktum att kapitaltäckningsgraden före kapitaltillskottet låg under långgivarnas krav ger en antydning om att denna transaktion inte skedde på marknadsvillkor. Det är mycket osannolikt att utländska långgivare skulle ha tillskjutit kapital i detta skede med dessa kapitaltäckningsgrader. Därtill kommer att det är mycket osannolikt att privata investerare skulle ha investerat i ett företag som haft avsevärda förluster i minst tre år i rad⁽¹⁾. Teracoms finansiella situation var usel och krisartad.

3.1.5. *Snedvridning av konkurrensen och påverkan på handeln*

50. Teracom och dess dotterbolag är verksamma på olika områden inom vad som i allmänna ordalag kan beskrivas som distribution och sändning av TV-tjänster.
51. Först och främst är Teracoms funktion som operatör av det digitala marknätet att tillhandahålla en länk mellan programföretagen och tittare. Teracom är därför verksam på marknads föregående led för tillhandahållande av distributionstjänster till programföretagen. På marknaden i det efterföljande ledet är det verksamt med att tillhandahålla TV-tjänster till enskilda tittare och/eller mellanhänder, t.ex. hyresvärdar eller ägare av hyreshus.
52. På marknaden i det efterföljande ledet förefaller det som om kabel, DTH (dvs. Direktsändningar via satellit) och t.o.m. det digitala marknätet är utbytbara, trots att en del tekniska och kommersiella skillnader existerar mellan de olika distributionsmetoderna. Med införandet av digitala tjänster, skulle erbjudande via DTH, det digitala marknätet och kabel kunna förändra och därigenom öka incitamentet för konsumenterna att byta över. Den ovan nämnda utvecklingen av digitala tjänster kommer att göra de olika distributionssystemen än mer utbytbara. Slutligen kommer konsumenterna att bedöma erbjudanden från en operatör som använder kabel, det digitala marknätet eller satellit deras efter förmågan att leverera ett attraktivt och brett utbud av tjänster till ett attraktivt pris. De kommer sannolikt inte att föredra någon speciell teknik för leveransen av de nya digitala tjänsterna, vare sig det nu sker via DTH, det digitala marknätet, bredbandskabel eller via kabel/satellit i kombination med returlinjer för interaktiva tjänster.
53. På marknads föregående led förvärvar distributörerna rättigheterna att distribuera innehåll. Även om programföretagen önskar få så vittomfattande distribution som möjligt (och därför skulle kunna se distributionssystemen som komplementerade snarare än alternativa) har de uppgett att de betraktar kabel och DTH som konkurrerande distributionskanaler. Mot bakgrund av det digitala marknätets tekniska och kommersiella särdrag kan det antas att det digitala marknätet även är att betrakta som en konkurrerande infrastruktur. Den slutsats som därför kan dras är att det från programföretagens synpunkt existerar en viss grad av utbytbarhet mellan kabel, det digitala marknätet och DTH.

⁽¹⁾ Se till exempel, målen 234/84, Belgien mot kommissionen [1986] Rec. 2263, punkterna 14-17, C-328/99, Italien och SIM2 mot kommissionen, [2003] REG, s. I-4035, punkt 48. Teracoms förluster uppgick till 283 miljoner kronor under 2001 och 232 miljoner under 2002. För 2003 beräknades förlusterna uppgå till 100 miljoner kronor.

54. Regeringen har trots detta i strid med kommissionens meddelande om övergången valt att med statliga medel finansiera den specifika tekniken för ett digitalt marknät, snarare än DVB-S, DVB-C eller ens DVB-H⁽¹⁾. Kabelnät- och satellitoperatörer kan leverera samma eller snarlika tjänster till programföretag och konsumenter, men får inte några medel. Följaktligen föreligger här en snedvridning av konkurrensen.
55. För det andra är det inte osannolikt att pengarna från SVT (delvis) har kanaliserats genom Teracom till dess dotterföretag Boxer och Senda (dessa företag har sedermera slagits ihop). Boxer är verksamt på marknaden för villkorad tillgång (CA), elektroniska programguider (EPG) och försäljning av avkodare. Marknaden för administrativa och tekniska tjänster för betal-TV och digital TV är under framväxande, men framträdande⁽²⁾. Om så är fallet (pengar flödar från SVT till Teracom till Boxer) är det inte osannolikt att konkurrensen även här har snedvridits.

3.1.6. Påverkan på handeln

56. Domstolen har medgett att när statligt stöd förstärker ett företags ställning i förhållande till andra konkurrerande företag i handeln inom gemenskapen måste handeln mellan medlemsstaterna anses vara påverkad av stödet. Dessutom är de berörda företagen internationellt verksamma satellitoperatörer i Sverige (Viasat, NSAB och Canal Digital). Därtill kommer att UPC, en amerikansk kabeloperatör som etablerat sitt huvudkontor i Nederländerna också är verksam i Sverige som kabeloperatör. Den andra verksamma kabeloperatören (ComHem) ägs av EQT Northern Europe, en riskkapitalinvestering som verkar i Skandinavien.
57. Man kan därför anta att det föreligger både en snedvridning av konkurrensen och en påverkan på handeln.

3.2. Förenlighet

58. I det fall åtgärden utgör stöd i den mening som avses i artikel 87.1 i EG-fördraget är det tveksamt om det statliga stöd som beviljats Teracom genom dessa medel är förenligt med den gemensamma marknaden.
59. Stödåtgärderna förefaller inte uppfylla villkoren för några av undantagen i artiklarna 87.2, 87.3 eller 86.2. Beträffande förenligheten med den gemensamma marknaden enligt artikel 87.3 c kan det inte fastställas huruvida villkoren för att tillämpa denna artikel är uppfyllda.
60. Även om åtgärden ansågs underlätta utvecklingen av vissa ekonomiska verksamheter måste dock kommissionen ta hänsyn till att myndigheterna har valt en icke-neutral teknisk intervention, dvs. de har valt den specifika utvecklingen av ett markbaserat nät. Detta ligger inte i linje med meddelandet om övergången. Myndigheten har hittills inte presenterat några övertygande argument för varför bara det digitala marknätet är ett realistiskt alternativ för tillhandahållandet av en digital signal i Sverige. Inte heller har några argument lagts fram för varför en täckning på över 90 % är nödvändig. Enligt meddelandet om övergången skall kommissionen bedöma om åtgärden tillåter insyn och är berättigad och proportionell. I detta sammanhang skall kommissionen bedöma om stödet berättigas av en offentlig politisk målsättning
61. Mer generellt är åtgärden driftsstöd eftersom den är avsedd att befria de mottagande företagen från alla eller delar av de utgifter som de normalt skulle varit tvungna att betala i den dagliga skötseln av sina vanliga verksamheter och därför i princip snedvrider konkurrensen⁽³⁾.
62. Slutligen förefaller garantierna inte ligga i linje med kommissionens tillkännagivande om statligt stöd i form av garantier. Kapitallånskottet skulle kanske kunna betraktas som ett undsättnings- eller omstrukturingsstöd. Gemenskapens riktlinjer för statligt stöd till undsättning och omstrukturering av företag i svårigheter innehåller villkoren för sådant stöd. Under alla omständigheter är det svårt att tillämpa dessa villkor eftersom stödet inte har anmälts och heller inte följts av någon omstrukturingsplan.

⁽¹⁾ Se kommissionens beslut 2001/98/EG, ärende IV/M.1439 Telia/Telenor av den 13 oktober 1999, punkt 261.

⁽²⁾ Se till exempel kommissionens beslut BiB/Open IV/36.539 av den 15 september 1999, MSG Media Service, IV/M.469. Marknaden täcker tillhandahållandet av en adapter för dekryptering (avkodare), teknik för villkorad tillgång och abonnenthanteringssystem. Dessa tjänster tillhandahålls både på detaljhandels- (utbud av smarta kort) och grossistnivå (tillhandahållande av avkodare, hantering av system för villkorad tillgång och avräkningar).

⁽³⁾ Se mål C-301/87 Frankrike mot kommissionen [1990] (Boussac Saint Frères) REG, s. I-307, mål C-86/89 Italien mot kommissionen [1990] REG, s. I-3891 och mål C-156/98 Tyskland mot kommissionen [2000] REG, s. I-6857.

63. Hittills har myndigheterna inte åberopat något av de undantag som anges i artiklarna 87.2, 87.3 eller 86.2 i EG-fördraget. Myndigheterna har på uttrycklig begäran från kommissionen svarat att Teracom inte anförtros tjänster i allmänhetens intresse och måste drivas som ett kommersiellt företag. Det är därför inte möjligt att anta att Teracom är ett företag som anförtros tjänster i allmänhetens intresse

3.2.1. Tillämpningen av insynsdirektivet

64. Det står klart att Teracom, Senda och Boxer är offentliga företag i den mening som avses i insynsdirektivet, eftersom Teracom helt och hållet ägs av staten och Senda och Boxer är majoritetsägda av dotterbolag till Teracom, och därför måste införa särredovisning av kostnaderna i enlighet med direktivet.
65. Regeringen hänvisar till att kulturdepartementet sedan 1999 begärt att ett så kallat ägardirektiv skall genomföras för Teracoms verksamheter. I ägardirektivet åberopas en uppdelning av Teracoms verksamheter i fyra olika kategorier, av vilka en är kärnverksamheten. Denna kärnverksamhet skall innefatta sändning till allmänheten av radio- och TV-program som utan kostnad skall finnas tillgängliga i större delen av landet. Kärnverksamheten omfattar både det analoga och det digitala marknätet. Definitionen av en kärnverksamhet är följaktligen inte lämplig för att undvika korssubventioner mellan det analoga marknätets och det digitala marknätets verksamheter eller för att uppnå särredovisning av kostnaderna.
66. I ägardirektivet begärs även specifikt att Teracom skall tillämpa insynsdirektivet i sina verksamheter och dessutom belysa förhållandet mellan de verksamheter som är konkurrensutsatta och de som inte är konkurrensutsatta. I Teracoms verksamhetsberättelse anges att företaget infört särredovisning av kostnaderna ⁽¹⁾. Särredovisningen visar tydligt vilken del av företagets vinster (eller förluster) som är kopplad till företagets konkurrensutsatta respektive icke-konkurrensutsatta verksamheter. Särredovisningen visar även hur mycket av företagets tillgångar som är kopplad till konkurrensutsatta respektive icke-konkurrensutsatta verksamheter.
67. I särredovisningen förklaras dock inte metoderna varigenom vinsterna, förlusterna, tillgångarna och skulderna fördelas på de olika verksamheterna. Följaktligen möjliggör den inte för kommissionen att kontrollera huruvida t.ex. medel som härrör från det analoga marknätets verksamhet har använts för att etablera det digitala marknätet såsom de klagande påstod.
68. Vad gäller finansieringen av Boxer finansierades startkostnaderna ursprungligen enbart av Teracom. Boxer ägs nu gemensamt av Teracom (70 %) och Skandia (30 %). Regeringen hävdar att Boxers verksamheter helt utförs på kommersiell basis. De klagande påstår att Teracom subventionerar de avkodare som Boxer marknadsför, och att detta inte sker enligt normala marknadsvillkor.
69. I Teracoms verksamhetsberättelse för 2001 anges att Boxer subventionerar avkodare i enlighet med en metod liknande den som används av mobiltelefonoperatörer ⁽²⁾. Denna metod innebär att hårdvaran är subventionerad och att subventionen senare dras av genom en abonnemangsavgift. Den för kommissionen tillgängliga informationen antyder dock att de subventioner som lämnas av Boxer varit för höga och har eventuellt inte tilldelats på marknadsvillkor ⁽³⁾. Den för kommissionen tillgängliga informationen antyder vidare att Teracoms dåliga ekonomiska resultat delvis beror på Boxers subventionering av avkodarna och att detta är en anledning till det godkända kapitaltillskottet om 500 miljoner kronor till Teracom ⁽⁴⁾.
70. När det gäller finansieringen av Senda finansierades företagets startkostnader genom aktieinnehavarnas bidrag från Teracom och SVT. Regeringen har angett att kostnaderna för den dagliga driften av Senda var kopplade till det digitala marknätet, särskilt CA- och EPG-verksamheterna, som finansieras genom avgifter som tas ut av abonnenterna. Detta påstående innebär att inga medel har överförts, efter startbidragen, från SVT eller Teracom till Senda, och att Sendas verksamheter utförs på normala marknadsvillkor.

⁽¹⁾ Teracoms verksamhetsberättelse för 2001, s. 52.

⁽²⁾ Se punkt 20.

⁽³⁾ Boxers verksamhetsberättelse för 2001, s. 1 och 2.

⁽⁴⁾ Prop. 2002/03:64 s. 5.

71. Som en sista punkt har kommissionen väckt talan mot Sverige för att landet inte har genomfört insynsdirektivet. Målet är för närvarande under behandling av EG-domstolen ⁽¹⁾.

4. SLUTSATS

72. Mot bakgrund av ovan anförda överväganden begär kommissionen, i enlighet med förfarandet i artikel 88.2 i EG-fördraget, att Sverige inom en månad från mottagandet av denna skrivelse skall inkomma med synpunkter och lämna all information som kan hjälpa till vid bedömningen av åtgärderna.

Europeiska kommissionen begär att Era myndigheter omedelbart skall vidarebefordra en kopia av denna skrivelse till de potentiella mottagarna av stödet.

Kommissionen önskar påminna Sverige om att artikel 88.3 i EG-fördraget har suspensiv verkan, och vill rikta Er uppmärksamhet på artikel 14 i rådets förordning (EG) nr 659/1999, enligt vilken allt olagligt stöd måste återkrävas från mottagaren.

Kommissionen kommer att informera berörda parter genom ett offentliggörande av denna skrivelse samt en sammanfattning av den i Europeiska unionens officiella tidning. Den kommer även att informera berörda parter i Eftaländerna som är avtalslutande parter i EES-avtalet genom att offentliggöra ett tillkännagivande i EES-supplementet till Europeiska unionens officiella tidning, samt Eftas övervakningsmyndighet genom att sända en kopia av denna skrivelse. Samtliga ovan nämnda berörda parter kommer att uppmanas att inkomma med synpunkter inom en månad från dagen för respektive offentliggörande.“

⁽¹⁾ Mål C-141/03, kommissionen mot Sverige.

**LISTE DER VON DER KOMMISSION ZWISCHEN DEM 1. JUNI 2004 UND 30. JUNI 2004
ANGENOMMENEN KOM-DOKUMENTE MIT AUSNAHME DER LEGISLATIVVORSCHLÄGE ⁽¹⁾**

(2004/C 238/05)

Dokument	Teil	Datum der Annahme	Titel
KOM(2004) 353		16.6.2004	Mitteilung der Kommission: Wissenschaft und Technologie: Schlüssel zur Zukunft Europas — Leitlinien für die Forschungsförderung der Europäischen Union
KOM(2004) 401		2.6.2004	Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: Bilanz des Tampere-Programms und Perspektiven
KOM(2004) 417		9.6.2004	Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Die Europäische Union und Irak — Rahmenkonzept für ein zunehmendes Engagement
KOM(2004) 432		16.6.2004	Mitteilung der Kommission: Durchführung des Aktionsrahmens „Aktualisierung und Vereinfachung des gemeinschaftlichen Acquis“

Diese Texte sind einsehbar auf EUR-Lex: <http://europa.eu.int/eur-lex>.

⁽¹⁾ Diese Liste enthält nur KOM-Dokumente, die die Bedingungen zur Veröffentlichung erfüllen.

II

(Vorbereitende Rechtsakte)

KOMMISSION

LISTE DER VON DER KOMMISSION ZWISCHEN DEM 1. JUNI 2004 UND 30. JUNI 2004
ANGENOMMENEN LEGISLATIVVORSCHLÄGE ⁽¹⁾

(2004/C 238/06)

Dokument	Teil	Datum der Annahme	Titel
KOM(2004) 403		1.6.2004	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Ausweitung der mit der Verordnung (EG) Nr. 119/97 des Rates, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2100/2000, eingeführten Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Ringbuchmechaniken mit Ursprung in der Volksrepublik China auf die aus der Sozialistischen Republik Vietnam versandten Einfuhren derselben Ware
KOM(2004) 411		2.6.2004	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Erfüllung der Voraussetzungen des Artikels 3 des Zusatzprotokolls zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bulgarien andererseits betreffend die Verlängerung des in Artikel 9 Absatz 4 des Protokolls Nr. 2 zum Europa-Abkommen vorgesehenen Zeitraums
KOM(2004) 419		10.6.2004	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über einen Standpunkt der Gemeinschaft im Gemischten Rat EU-Mexiko betreffend die Änderungen des Beschlusses Nr. 2/2000 des Gemischten Rates
KOM(2004) 421		7.6.2004	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Vertretung des zyprischen Volkes im Europäischen Parlament im Fall einer Lösung der Zypern-Frage
KOM(2004) 422		10.6.2004	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Genehmigung von Übertragungen zwischen Höchstmengen verschiedener Jahre für Textilwaren und Bekleidung mit Ursprung in der Sozialistischen Republik Vietnam
KOM(2004) 424		11.6.2004	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festsetzung der Berichtigungskoeffizienten, die mit Wirkung vom 1. Januar 2004 auf die Dienstbezüge der Beamten der Europäischen Gemeinschaften in Drittländern anwendbar sind
KOM(2004) 428	1	17.6.2004	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits zur Berücksichtigung des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union
KOM(2004) 428	2	17.6.2004	Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits zur Berücksichtigung des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union

⁽¹⁾ Diese Liste enthält nur KOM-Dokumente, die die Bedingungen zur Veröffentlichung erfüllen.

Dokument	Teil	Datum der Annahme	Titel
KOM(2004) 435		18.6.2004	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2505/96 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren
KOM(2004) 439		24.6.2004	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über die Genehmigung des Inverkehrbringens von aus der gentechnisch veränderten Maissorte NK603 gewonnenen Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten als neuartige Lebensmittel oder neuartige Lebensmittelzutaten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates
KOM(2004) 440		22.6.2004	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2320/97 des Rates, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 235/2004, zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder nicht legiertem Stahl mit Ursprung in unter anderem Russland und Rumänien
KOM(2004) 441		23.6.2004	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 aufgrund des Beitritts von Malta
KOM(2004) 442		16.6.2004	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 131/2004 des Rates über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Sudan
KOM(2004) 446		18.6.2004	Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit
KOM(2004) 455		25.6.2004	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zum Zeitpunkt der Anwendung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen

Diese Texte sind einsehbar auf EUR-Lex: <http://europa.eu.int/eur-lex>.
